

Berein deutscher Zeitungsverleger.

Aus der Tagung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger haben wir bereits die als Ergebnis der Verhandlungen gefasste Entschließung mitgeteilt. Wir tragen noch das Wesentlichste aus dem Verlauf der Verhandlungen nach.

Der Vorsitzende Dr. Robert Faber (Magdeburg) betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß die deutsche Presse ihrer Aufgabe, aus der sie den Anspruch herleite, als unbeamtete Mitarbeiterin am Wohle des Staates angesehen und entsprechend gewürdigt zu werden, trotz eigener schwerer Bedrängnis dauernd Rechnung getragen und auf diese Weise dahin gewirkt habe, die Stimmung im Innern und an der Front hochzuhalten und sprach die Mahnung aus, mit der gleichen Zuversicht auch im Privatleben zu wirken.

Ueber die wichtigste Frage der Tagesordnung, die Lage des Papiermarkts, berichtete an Stelle des am Erscheinen verhinderten Direktors Müller Dr. Kurt Simon (Frankfurt). Er gab ein anschauliches Bild der schwierigen Lage des Zeitungsgewerbes, wobei er hervorhob, daß die Papierpreise eine ganz enorme Höhe erreicht haben. In der Erkenntnis der Schwierigkeiten, die durch den Papiermangel hervorgerufen sind, habe das Zeitungsgewerbe versucht, Maßnahmen zu ergreifen, besonders im Hinblick auf kleine und mittlere Zeitungen, denen es nicht möglich sein würde, bei den jetzigen Papierpreisen weiter zu bestehen. Unter der verständnisvollen Mitwirkung der Reichsregierung wurde die „Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe“ ins Leben gerufen. Das Zeitungsgewerbe sei zur Selbstkontingentierung des Papierverbrauchs geschritten, deren Einzelheiten allerdings noch nicht festgestellt seien, da die notwendigen statistischen Unterlagen erst beschafft werden mußten. Auf dem Papiermarkt haben sich, wie der Redner weiter ausführte, Verhältnisse entwickelt, denen das Zeitungsgewerbe auf die Dauer nicht gewachsen sein könne. Es handle sich nun darum, energische Gegenmaßnahmen in Vorschlag zu bringen. Die Vorschläge, die zur Abhilfe der Notlage gemacht wurden, gingen dahin, daß versucht werden sollte, die Beschaffung von Rohstoffen zu angemessenen Preisen und in ausreichendem Maße zu sichern. Der Referent gab zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß auch die Reichsregierung im Interesse des öffentlichen und nationalen Lebens alles tun werde, um die drohenden Gefahren vom deutschen Zeitungsgewerbe noch abzuwenden.

In der Aussprache bemerkte Bachem (Köln), nach dem Verständnis, das die in Frage kommenden Reichsstellen den Bestrebungen der Zeitungsverleger gegenüber bewiesen haben, bestehe die Hoffnung, daß ein weiteres gedeihliches Zusammenwirken mit den Behörden zu erwarten sei.

Denßin (Dortmund) bedauert, daß kein Regierungsvertreter anwesend sei. Es sei eine wichtige Aufgabe der Staatsregierung, in diesem Moment dafür Sorge zu tragen, daß die Presse und namentlich die politische Presse nicht zugrunde gehe. Wenn demnächst die Papierpreise wiederum erhöht werden, dann sei das Erscheinen vieler Zeitungen, namentlich in der Provinz, in Frage gestellt. Eine große Anzahl von Papierfabriken befaße sich jetzt viel lieber mit der Herstellung von satiniertem Papier als mit der Herstellung von Druckpapier, weil sie für das erstere höhere Preise erzielen. Da müßte der Vorstand in Verbindung mit der Staatsregierung einen Ausgleich herbeizuführen suchen. Der Verein habe alle Veranlassung, die Staatsregierung darauf hinzuweisen, daß es ihre höchste Pflicht sei, alles zu tun, um die Presse auch in Zukunft lebensfähig zu erhalten. Der Vorsitzende erwiderte, der Vorstand habe davon abgesehen, Vertreter der Regierung zur Teilnahme an der Versammlung zu laden, weil die Herren in der jetzigen Zeit sehr stark durch Amtsgeschäfte in Anspruch genommen seien. Der Vorstand habe auch geglaubt, davon absehen zu können, da die Stelle zur Verhandlung der Kontingentierungsfrage selbstverständlich nicht diese Versammlung, sondern das Reichsamt des Innern sei.

In der weiteren Besprechung berichtete Direktor Reiff ausführlich über die Organisation der „Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe“, die als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet wurde und sich in enger Fühlung mit dem Reichsamt des Innern befindet. Das Zeitungsgewerbe habe alle Ursache, dem Reichsamt des Innern für die außerordentliche Unterstützung bei dieser Gründung dankbar zu sein. Der Kriegswirtschaftsstelle ist ein Beirat zur Seite gestellt, der sich aus den Kreisen der in Betracht kommenden Interessenten zusammensetzt und bei allen grundsätzlichen Fragen gehört werden soll. Aus diesem Beirat wird noch ein Ausschuss gebildet werden der über reine Verlegerinteressen zu beraten haben wird. Für die Kontingentierung sind viele Vorschläge gemacht worden, die sich aber nicht als durchführbar erweisen haben. Nach sehr eingehenden Beratungen mit dem Reichsamt des Innern soll nun für die Kontingentierung unter Berücksichtigung des Jahrespapierverbrauchs von 1915 für jede Zeitung der Umfang nach Quadratmetern bestimmt und gestaffelt werden. Ein Schlüssel für diese Staffelnung wird gefunden werden, wenn die nötigen Unterlagen festgestellt sind.

Hiernach wurde die früher mitgeteilte Entschließung gegen eine weitere Steigerung der Papierpreise gefaßt. Der von Generalsekretär Dr. Barisch erstattete Jahresbericht ergibt ein Anwachsen der Mitgabenzahl. Direktor Reiff behandelte ausführlich die Druckkostenfrage. Ueber die bevorstehende Neuregelung der Fernsprech- und Telegrammgebühren sprach Dr. Bachem und bekräftigte es, daß hierbei zum erstenmale das Prinzip zum Ausdruck komme, den Preistelegrammen bei der Erhebung der staatlichen Gebühr eine Ermäßigung zu gewähren. Professor Dr. Wolf-Dresden besprach bei dem Punkte der Tagesordnung „Anzeigen“ die Richtlinien, die für einen bei der Reichsprüfungsstelle für Lebensmittel eingesetzten Ausschuss zur Beratung, wie die mit den Zeitungsanzeigen über Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs verbundenen Mißstände zu beseitigen sind, maßgebend sein sollen.

In seinem Schlusswort hob der Vorsitzende noch hervor, manches, ja das meiste müsse im Sinne des Staatsinteresses, das an der Sicherung des Wiedererscheinens der Zeitungen bestehe, noch geschehen, was aber, wie der Vorstand des Vereins, den Verleger, besonders mit dem Reichsamt des Innern, zu pflegen habe, müsse dankbar das Verständnis anerkennen, daß dort der staatlichen Bedeutung der Presse heute entgegengebracht werde. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Hoffnung, daß diese Tagung zur Stärkung des Gefühls der Solidarität der deutschen Zeitungsverleger beigetragen haben möge.

Der Kaiser hat in der Erwiderung auf das an ihn gesandte Begrüßungstelegramm seinen Dank für das erneute Gesöbnis treuer Mitarbeit an der großen Aufgabe der Zeit auszusprechen lassen.